

Riesener Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeigen).

Bezugsfahrt: Tageblatt Riesa.
Seite 20.

Das Riesener Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Hauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Unterrichtlichkeit beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landstuhlsatzes Meißen.

Bezugsfahrt: Rieser Tageblatt Nr. 20
Gesetz Nr. 22.

Nr. 11.

Freitag, 14. Januar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesener Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: gegen Bezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Ausfalls von Postdiensten, aufgrund von Produktionsstörungen, Störungen der Währung und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisverhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben; eine Anzeige für das Ereignis an bestimmten Tagen und Wochentagen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Gründungsseite (6 Silber) 24 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Postkarte 100 Gold-Pfennige; zeitgenössischer Satz 20%, Aufschlag. Beste Tarife. Gewilligte Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug werden muss über der Auftragsrede im Kunden gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtige Unterhaltungsbeiträge — hat der Sohn keinen Anspruch auf Belohnung oder Nachstellung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Redaktion und Verlag: Langes & Winterlich, Riesa. Schriftsteller: Goethes Tage.

Die neue sächsische Regierung.

Dresden. (Kunstpunkt.) Der Ministerpräsident hat den bisherigen Finanzminister Dr. Dehne zum Minister des Innern und selbstverständlichen Ministerpräsidenten, den Landtagsabgeordneten Weber zum Finanzminister und den Landtagsabgeordneten Dr. Wilhelm zum Wirtschaftsminister ernannt, sowie die Minister Bünger, Gläser und Dr. Kaiser in ihren bisherigen Ämtern bestätigt.

Dresden. Der Wechsel in den Ministerien ist heute vormittag erfolgt. Die beiden neu in das Kabinett eingetretene Minister sind heute früh durch den Ministerpräsidenten Heldt verabschiedet worden und haben ihre Amtsstühle angetreten.

Arbeitslosigkeit und Regierungsbildung.

zu. Nur eine Woche steht den Vertretern der Parteien zur Lösung der Kabinettsschäfe zur Verfügung, ehe das Parlament seine Arbeiten wieder aufnimmt. In Untersicht der Staatsberatungen, die sofort einsetzen sollen, wird es als dringlich empfunden, bis zum 19. Januar oder doch wenigstens bald darauf eine neue Regierung zu bilden, die dem Parlament gegenüber die Verantwortung trägt. Das neue Kabinett wird sich vor außerordentlich schwierigen Aufgaben gestellt sehen, da die Reaktion Marx in einem Augenblitze gesäumt wurde, wo es anfing, die Progräum in die Tat umzusetzen. Ein großer und ganzer wird auch die kommende Regierung, mag sie nach rechts oder nach links gerichtet sein, die Ziele des lebigen geschäftsführenden Wirtschaftsministers zu eignen müssen, da sie abwegsläufig mit der innen- und außenpolitischen Entwicklung Deutschlands im Zusammenhang steht.

In erster Linie sind es die sozialen Aufgaben, an denen kein Kabinett vorüberkommen kann, ohne zu überlegen, mit welchen Mitteln der Arbeitslosigkeit wirksam entgegengearbeitet werden kann, ohne die Balancierung des Reichstags zu gefährden und auf welche Weise innerhalb der Arbeiterschaft eine Beruhigung über die sozialpolitische Gefahrlosigkeit herbeigeführt werden kann unter Beachtung der bedeutsamen Voraussetzungen für die Erhaltung von Industrie und Wirtschaft. Die Zahl der Arbeitslosen ist in den letzten Wochen wieder in bedrohlicher Weise gestiegen und hat 1½ Millionen Hauptunterstützungsberichter erreicht. Die Landwirtschaft hierbei den größten Prozentsatz. Aber auch in Industrie und im Handel macht sich eine Störung der Produktion entwicklung bemerkbar, die auf die allgemeine schlechte Konjunktur in den Nachbarländern und den Sowjeten, mit denen Deutschland in geregeltem Wirtschaftsverkehr lebt und deren geringer Aufnahmefähigkeit für unsere Exportwaren zurückgeführt wird. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, erscheint die Verhandlungen des Ministers Curtius, vor den entscheidenden politischen Verhandlungen mit den Parteien die Weltwirtschaftsführer und die Vertreter von Industrie, Landwirtschaft und Handel zu empfangen, und sich nach ihren Wünschen zu erkundigen, nicht mehr so außergewöhnlich. Auch die Haltung des Zentrums zu der Wahl des Kanzlerkandidaten, die Deutschnationalen in das neue Kabinett aufzunehmen, wird fast mehr von sozial-politischen Bedenken beeinflusst als von rein-politischen. Stimmungsmäßig empfindet die Arbeiterschaft der Sozialdemokraten und auch des linken Zentrumsflügels, wie aus ihrer Sicht deutlich hervorgeht, eine bürgerliche Regierung mit Einschluss der Deutschnationalen als einen Schlag gegen ihre Zentrumsgründen wünscht. Die Unmöglichkeit des Ministeriums scheint auch nicht durch Versprechungen Dr. Curtius bestätigt werden zu können. Nach dem Scheitern der Verhandlungen Dr. Curtius' bleibt es nur noch übrig, ein Kabinett zu bilden, das sich auf das Vertrauen auch der Arbeiterschaft stützen kann. So verloren an sich der Wahlungserfolg denen erscheint, die ihm für die Marke und eindeutige Entbindung der politischen Verhältnisse einsehen, so wenig wird gerade von ihnen übersehen, daß ein bevorstehender Wahlausgang unter der Parole des Klassenkampfes geführt wird, der das Ziel der Überbrückung der wirtschaftlichen Gegenläufe mit einem Schlag vernichtet und den Rest noch tiefer in den Vollstörker hineintritt, als es schon durch die politischen Gegenläufe der Fall ist. Unter dieser Bedeutung wird in eingeschworenen Kreisen die Nachricht als unzweckmäßig bezeichnet, daß der Reichspräsident nach einem Scheitern der Verhandlungen des Ministers Dr. Curtius ein Nebengangskabinett bilden will, dem er die Auslösungserlaubnis erteilt.

Beschlüsse des Reichsrats.

vgl. Berlin. Der Reichsrat erledigte in seiner öffentlichen Sitzung vom Donnerstag eine ganze Reihe von Beschlüssen. Unter anderem stimmte er den Vorsätzen über ein deutsch-polnisches Abkommen betreffend Bergwerksfelder, die durch die deutsch-polnischen Grenze durchschnitten sind, und betreffend die Verwaltung der die Grenze bildenden Städte der Oberlausitz zu.

Zur Neubildung der Reichsregierung.

Noch immer keineklärung.

Die Befreiung Curtius-Stresemann-Zentrumsführers.

* Berlin, 12. Januar. Heute nachmittag 5 Uhr wurden die Führer der Zentrumspartei, die Dr. von Guérard und Stegerwald, im Reichswirtschaftsministerium von Dr. Curtius und dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann empfangen. Die Zentrumsführer erörterten in längerer Andauerung die innen- und außenpolitischen Bedenken, die in dem gestrigen Beschluss der Zentrumstraktion gegen die von Dr. Curtius gemachten Vorschläge angehoben werden waren. Sie schritten nach zweideutig verständigten Verhandlungen wieder nach dem Reichstag zurück und berichteten ihrer Fraktion kurz über die Unterredung. Die Regierung wurde aber logisch abgebrochen, ohne daß in einer Verhandlung einzutreten wurde. Die Zentrumstraktion will sich vielmehr erst am Freitag nachmittag 5 Uhr wieder versammeln.

Amtlich wird über die Befreiung im Reichswirtschaftsministerium folgendes Kommunikat veröffentlicht: Heute nachmittag fand die angekündigte Befreiung zwischen den Vertretern der Zentrumstraktion, des Reichstages, des Abgeordneten von Guérard und Stegerwald, und Dr. Curtius und dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Reichswirtschaftsministerium statt. Die Vertreter der Zentrumstraktion trugen die schweren innen- und außenpolitischen Bedenken vor, die die Zentrumstraktion gegen die Bildung der von Dr. Curtius in Aussicht genommenen Regierung habe. Darauf schloß sich eine eingehende Absprache an. Hier Dr. Curtius hat in Aussicht genommen, am morgigen Vormittag über die Ergebnisse dieser Befreiung mit den Vertretern der Deutschnationalen Volkspartei zu verhandeln. Die Vertreter der Zentrumstraktion nahmen in Aussicht am morgigen Nachmittag eine endgültige Stellungnahme der Zentrumstraktion herbeizuführen.

Bettl. Pariser über die Unterredung von Thoiry.

Paris. Die Antwort, die Briand auf eine Anfrage des rechtsextremen Abgeordneten Desjardins betreffend die während der Völkerbundssitzung von Thoiry etwa geschlossenen Verhandlungen über die vorzeitige Räumung des Rheinlandes, gegeben hat, verleiht einen Widerspruch des Bettl. Pariser zu einer ebenfalls französischen Aussage über die Unterredung von Thoiry. Auch dort schreibt er, sei nur ebenso von der vorzeitigen Rheinlandräumung gesprochen worden. Stresemann habe dem Sinne nach geantwortet: „Ein großes Hindernis für die deutsch-französische Annäherung bilden die Rheinlandbesetzung.“ Briand habe ebenfalls geantwortet: „Es hängt von Deutschland ab, sie zu beenden. Nach 1870 boten auch wir Eile, der Beisetzung ein Ende zu bereiten. Wir haben deshalb 1878 das nötige getan und der letzte deutsche Soldat hat den französischen Boden verlassen. Handeln Sie wie wir und die alliierten Truppen werden nicht eine Stunde länger als nötig im Rheinland bleiben.“ Stresemann habe geantwortet: „Was versteht Ihr unter dem Wort „Ihr“? Das ist meine Aufgabe, Ihnen das zu sagen. Sie wissen, warum wir hier in Thoiry sind. Sie müssennoden. Sie müssen Vorschläge machen. Wir werden sie im Geiste größtmöglichen Einvernehmen und in dem aufrichtigen Wunsch einer Verhandlung prüfen.“ Das sei alles gewesen, also kann von einer Befreiung des Vertreters Frankreichs nicht die Rede sein.

Das Blatt spricht ab dann von einem Angebot der Mobilisierung der Reichsbahnabteilungen und führt fort, die Befreiung sei eine dreifache Garantie, eine politische, eine militärische und eine Reparationsgarantie. Sie müsse also durch drei Begrenzungen erfüllt werden. Das zu fordern sei bereit, und sei es auch nur im Hinblick auf die Reparationen, denn das Reich habe im Verlust der letzten Jahre nicht weniger als 820 Millionen Goldmark in den Vereinigten Staaten gelassen. Gleich das ja weiter, dann würden der Dawesplan und die Reparationsbefreiung laufen, falls kompromittiert zu werden. Bettl. Pariser behauptet im übrigen, daß im Verlaufe des deutlichen Kabinettsscheiters die außenpolitischen Fragen einschließlich behandelt würden und das selbstverständlich auch über die deutsch-französischen Verhandlungen einschließlich geprägt werden, nicht über die Verhandlungen, die Briand in Genf und in Thoiry mit dem Reichsminister des Außenlands Stresemann geführt hat.

Die Pariser Verhandlungen.

zu. Berlin. Aus den Berichten der Londoner und Pariser Presse erkennt man in Berlin weiter, mit welchen Schwierigkeiten man sowohl in der französischen als auch in der englischen Regierung bei der Lösung der Entwaffnungsfragen rechnet. Die deutschen Vorschläge sind der Völkerbundskonferenz und dem Militärkomitee und nicht bekanntgegeben worden. Von unterschiedlicher Seite

Die 3 Fragen an die Deutschnationalen.

Berlin. (Kunstpunkt.) Wie die B.Z. wissen will, hat das Zentrum, bevor es auf konkrete Verhandlungen mit den Deutschnationalen eintritt, folgende 3 Voraussetzungen aufgestellt:

1. Wie stellen sich die Deutschnationalen an der republikanischen Staatsform, bzw. wird die republikanische Staatsform vorbehaltlos anerkannt?

2. Stellt sich die Deutschnationale Volkspartei vorbehaltlos auf den Stand der Außenpolitik von Locarno, Genf und Thoiry; ist sie bereit, diese Politik in dem gleichen Sinne weiter zu führen?

3. Wie stellen sich die Deutschnationalen zum Arbeitsamt?

Neben dieser leichten Frage, die sich gleichzeitig auch an die Deutsche Volkspartei wendet, liegt, dem Platz zufolge, auch die Frage der Entmobilisierung der Reichswehr eine nicht unbedeutende Rolle bei den Verhandlungen.

Die Deutschnationalen bei Dr. Curtius.

Berlin. (Kunstpunkt.) Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, hat Dr. Curtius in der 85-stündigen Räumung mit den Deutschnationalen, an der Dr. Stresemann als Außenminister teilnahm, 4 grundsätzliche Fragen besprochen und zwar Arbeitsamt, Befreiung, Sozialpolitik und Außenstehen. Am Reichstag redete man davon, daß Dr. Curtius, nachdem er die Auflösungen sowohl der Deutschnationalen als auch des Zentrums kennzeichnet hat, nunmehr von sich aus Vorstöße ausarbeiten wird, die er dann bei den nächsten Verhandlungen den Vertretern der Deutschnationalen stellen wird. Die Deutschnationalen hielten nach der Aussicht ihrer Vertreter von Dr. Curtius eine Befreiung ab.

Besprechungen mit dem Zentrum.

Berlin. (Kunstpunkt.) Dr. Curtius wird auf Grund der Verhandlungen mit den Deutschnationalen zunächst zu das Zentrum heranziehen, das für 6 Tage ununterbrochen seine Gräfinnungsversammlung abzuspielen hat.

wird uns mitgeteilt, daß Briand jetzt in die Verhandlungen eingetreten und für eine Kommissionbildung eingesetzt habe, die dem deutschen Staatsminister vertraut werden soll. Danach sollen die Neubauten der Güterbahnen in den letzten Jahren lediglich als eine Wirkung eines bereits bestehenden Anstiegs angesehen werden, jedoch soll Deutschland ein weiterer Anstieg der Bevölkerung zu Zukunft unterschlagen werden, da die Militärs nach ihrem Deichsel im Osten ein Gutachten ausgearbeitet haben, nach dem im Unglücksfall Deutschland durchaus in der Lage wäre, seine Güterzüge wieder einzufordern. Am 1. Februar wird der Befreiungskampf in Genf zu übertragen, falls es in den nächsten 14 Tagen nicht gelingt, in Paris zu einer Einigung zu kommen.

Sor ersten Wahlen in Shanghai?

London. Daily Telegraph meldet aus Shanghai: Mit der Ankunft des amerikanischen Kreuzers „Pittsburgh“ beginnen die Pläne für die Befreiung Shanghais endgültig Geschalt anzunehmen. Es besteht die Hoffnung, daß Shanghai zweifellos der Chancen erster Wahlen werden wird. Aufgrund der riesigen Zahl von Agitatoren, die in der Einwohnerzahl täglich sind. Zugleich rechnet man mit zahlreichen Streiks und wenn die Wut des Volkes den Höhepunkt erreicht habe, wird, so erwartet man, ein Funken die ganze Stadt auszulöschen lassen. Der diplomatische Vertreter des Daily Telegraph schreibt, die internationale Riedelung in Shanghai würden erforderlich entschlossen von der örtlichen Freiwilligenwehr verteidigt werden, die von allen verfügbaren britischen Streitkräften unterstützt werden würde. Außer Japan und Frankreich würden wahrscheinlich auch die amerikanischen Kreuzerflotte an der Befreiung Shanghais teilnehmen.

Brückeneinsturz im Ruhrgebiet.

Berlin. (Kunstpunkt.) Gehört entgleisen auf dem Bahndamm der Güter Hollmann-Hütte in der Nähe der Zelle Oberfeld mehrere Wagen eines Zuges. Ein 20-Tonnenwagen sprang an dieser Stelle und den Gleisen und legte sich auf die Seite. Gleiser und Brückenbalken brachen ab und die Erdmassen fielen auf die Straße. Die Lokomotive und die ersten Wagen, die weiteren entgleisten auf einer Steigung über die Stahlbahn, wodurch die Brücke ab verlor und um 40 Metern senkte. Ein kurz darauf passender Güterzug wurde schwer beschädigt. Der Lokomotiv wurde der Schornstein platt abgerissen. Der Betrieb auf der Hüttenbahn mußte vollständig eingestellt werden.

Großstöcke in Kalifornien.

Brawley (Kalifornien), 13. Januar. Um 3 Uhr nachts wurden hier zwei heftige Erdstöße verspürt. Über einen etwa angerichteten Schaden liegen keine Angaben vor.